

PROJEKTINFORMATION

Stand: Juli 2011

Dialog – Transparenz und Beteiligung im Umweltschutz in der Republik Moldau



Öffentlichkeitsbeteiligung im moldauischen Umweltschutz
(Foto: Eco-TIRAS)

Hintergrund

Die Republik Moldau war der erste Staat, welcher die Aarhus-Konvention 1999 ratifizierte. Seit 2005 ist zwischen der Europäischen Union (EU) und der Republik Moldau ein sogenannter Pfad zur Annäherung an die EU eingeleitet worden. In einem Aktionsplan „EU-Moldova“ sind drei Abschnitte den Umweltthemen vorbehalten, die auch die Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau zum Inhalt haben. Die Republik Moldau hat allerdings zwischen 2005 und Mitte 2011 aus verschiedenen Gründen keinen weiteren Schritt zur Umsetzung der Aarhus-Konvention eingeleitet. Stärker ins Blickfeld der moldauischen Regierung rückte das Thema jedoch besonders durch zwei Umstände: einerseits durch die Beschwerde der später am Projekt beteiligten moldauischen Nichtregierungsorganisation (NRO) Eco-TIRAS vor dem Compliance Committee, das die Umsetzung der Konvention durch die Mitgliedsstaaten überwacht; andererseits war die Republik Moldau im Juni 2011 Gastgeber der 4. Vertragsstaatenkonfe-

renz zur Aarhus-Konvention. Beides motivierte die moldauische Regierung, eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Konvention einzurichten. An die Arbeit dieser Arbeitsgruppe knüpfte das Projekt an.

Projekt

Das Hauptziel des Projekts bestand darin, die Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau spürbar und dauerhaft zu verbessern. In Zusammenarbeit mit der bereits bestehenden und im Projektverlauf erweiterten Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des moldauischen Umweltministeriums, des Justizministeriums, der Staatskanzlei, dem Regionalen Umweltzentrum der Republik Moldau und moldauischer NROs wurde ein Aktionsplan zur Umsetzung der drei Säulen der Konvention (Information, Beteiligung, Klagerechte) erarbeitet. Er wurde im Juni 2011 von der moldauischen Regierung verabschiedet. Erarbeitet wurden auch zwei Rechtssetzungsvorschläge zum Zugang zu Umweltinformationen und zu Beteiligungsrechten. Zwei beispielhaft begleitete Verfahren zur Rüge mangelnder Öffentlichkeitsbeteiligung zeigten, dass in der Praxis eine partizipative Herangehensweise im Umweltschutz weiterhin nicht selbstverständlich ist, sondern Beteiligung, im Zweifel auch vor Gericht, eingefordert werden muss.

- Land: Republik Moldau
- Laufzeit: 05/2009 – 07/2011
- Adressaten der Beratung: staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Republik Moldau
- Durchführende Organisationen: Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) e.V. (www.ufu.de), Eco-TIRAS (www.eco-tiras.org)
- Projektnummer: 380 01 204